

Keine weitere Legalisierung – Hände weg von Drogen! am 30. November: 2xNEIN

Am 30. November stimmt das Schweizervolk über die «Hanfinitiative» und das «revidierte Betäubungsmittelgesetz» ab. Diese zwei Vorlagen fördern Verharmlosung, Legalisierung und Ausweitung des Rauschgiftkonsums. Dieser Weg, den die Schweiz als weltweit einziges Land beschritten hat, ist der falsche Weg. Die Drogenpolitik der letzten 20 Jahre ist gescheitert: immer mehr Drogensüchtige, immer mehr Drogenkonsum und keine nachhaltige Hilfe, um die Süchtigen aus ihrer Abhängigkeit und ihrer chemischen Zwangsjacke zu befreien. Zu Tausenden bleiben sie jahrelang in Drogenabgabeprogrammen und leben auf Kosten der Allgemeinheit (Sozialhilfe, IV, Krankenkassen).

Was unsere Jugend heute vor allem braucht, sind klare Leitplanken, eine Präventionsarbeit, die ein drogenfreies Leben zum Ziel hat und die klare Aussage «Hände weg von Drogen!» beinhaltet. Den Drogenabhängigen geben wir neue Hoffnung für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit.

Argumente gegen die «Hanfinitiative»

- Die Initiative will Besitz, Konsum und Handel von Cannabisprodukten – auf Verfassungsebene – für legal erklären. So etwas gibt es nirgends auf der Welt, nicht einmal in Holland.
- Freier Zugang zu Cannabis/Hanf gibt immer eine Sogwirkung auf andere Rauschgifte. Die Folgen sind mehr Kriminalität, mehr Gewalt und mehr Elend in unseren Städten und Dörfern.
- Das heutige, in der Schweiz hochgezüchtete Cannabis ist eine äusserst gefährliche Droge, welche die körperliche und seelische Gesundheit vor allem Jugendlicher in hohem Masse gefährdet.
- Bei erschreckend vielen Menschen ruft Cannabiskonsum psychische Störungen wie Psychosen, Halluzinationen, Depressionen oder Panikattacken hervor.
- Regelmässige «Kiffer» sind sehr oft nicht in der Lage, ihre Berufslehre oder Schule abzuschliessen. Was dann?
- Cannabiskonsum ist nie harmlos und muss auch in Zukunft verboten bleiben!

Argumente gegen das «revidierte Betäubungsmittelgesetz»

- Das neue Betäubungsmittelgesetz baut auf der erfolglosen Drogenpolitik der letzten 20 Jahre auf und führt zu weiteren wesentlichen Verschlechterungen.
- Die staatliche Heroinabgabe an Süchtige soll auf Kokain und weitere Rauschgifte ausgeweitet werden.
- Der Bund wird in Zukunft auch Kantone, die bewusst keine Fixerräume und Drogenabgabestellen einrichten wollen, dazu zwingen können.
- Drogenhandel und Drogenkonsum sollen noch weniger streng bestraft werden als heute – und dies obwohl die aktuelle Drogenpolitik (direkte und indirekte Sozialkosten) uns bereits heute 4,1 Milliarden Franken pro Jahr kostet (Untersuchung der Universität Neuenburg). Bei Annahme des revidierten

Gesetzes würden sich diese Ausgaben noch erhöhen, denn schon heute sind Tausende von Drogensüchtigen nicht mehr arbeitsfähig und leben auf Kosten der Allgemeinheit (Sozialhilfe, IV, etc.).

- Das erreichbare Ziel, vom Rauschgiftkonsum loszukommen, ist in den letzten Jahren von den offiziellen und den betreuenden Stellen her völlig aufgegeben worden. Deshalb soll nämlich das Gesetz geändert werden. Das darf nicht sein! Ein drogenfreies Leben für Süchtige muss ein ernsthaftes Ziel bleiben. Deshalb Nein zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes.